

### Aus der Fraktion

#### *Guido Déus (CDU) zur Verlängerung von „Neustart miteinander“* **Bis zu 5000 Euro pro Verein gibt es bis Sommer 2022**

Der „Neustart miteinander“ für das Ehrenamt in Nordrhein-Westfalen geht in eine weitere Runde. Dieses Förderprogramm hatte die NRW-Koalition von CDU und FDP auf den Weg gebracht, um Vereine nach den Lockdowns in der Corona-Krise bei der Durchführung von Veranstaltungen zu unterstützen. Das Heimatministerium (MHKBG) hat diese Initiative rasch umgesetzt, pro Verein konnten bis zu 5000 Euro beantragt werden. Das Programm war für das laufende Jahr angelegt, Anträge für Veranstaltungen bis zum Ende des Jahres sollten bis zum 30. November gestellt werden können. Jetzt ist klar: Es geht weiter bis zum Sommer – Antragstellungen für Veranstaltungen, die bis Ende Juni stattfinden, sind nunmehr bis zum 31. Mai 2022 möglich. Dazu erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Guido Déus:

„Die schwersten Einschnitte durch die Corona-Pandemie liegen hinter uns und das gesellschaftliche Leben ist neu erwacht. Menschen begegnen einander wieder ohne schlechtes Gefühl – und sie dürfen auch wieder gemeinsam feiern. Aber viele Vereine, die Gelegenheiten zur Begegnung und zum Feiern schaffen, leiden weiterhin unter den Folgen der Krise, weil Feste als wichtige Einnahmequelle in den zurückliegenden anderthalb Jahren ausfallen mussten und Mitglieder austraten. Wenn wir wollen, dass das öffentliche Leben sich rasch wieder erholt, müssen wir das Ehrenamt als seinen Motor weiter antreiben. Unser Programm und die Förderung mit bis zu 5000 Euro ist für viele Vereine die entscheidende Hilfe bei der Abwägung, ob sie eine Veranstaltung planen können oder absagen müssen. So sorgen wir in diesem Jahr dafür, dass etwa Schützengemeinschaften feiern, Nachbarn rund um St. Martin und im Advent zusammenkommen können – aber die Unterstützung bleibt auch mit Blick auf die Karnevals-session, Osterfeuer, Frühlings- sowie Sommerfeste und Kirmessen wichtig. Deshalb freuen wir uns sehr über die Verlängerung unseres ‚Neustart miteinander‘.“

**Infos und Beantragung:** [www.mhkbq.nrw/themen/heimat/neustart-miteinander](http://www.mhkbq.nrw/themen/heimat/neustart-miteinander)

*Angela Erwin zur Initiative für ein Sonderdezernat Doping*  
**Wir stärken einen sauberen Sport in NRW**

Der Landtag hat an diesem Donnerstag mit breiter Mehrheit einen Antrag der NRW-Koalition von CDU und FDP mit dem Titel „Nordrhein-Westfalen macht sich stark für fairen und sauberen Sport – Sonderdezernat Doping einrichten!“ beschlossen. Dazu erklärt unsere rechtspolitische Sprecherin Angela Erwin:

„Doping ist kein exklusives Problem des Spitzensports – es geschieht im Sportverein im Viertel und im Fitnessstudio um die Ecke. Und was noch viel wichtiger ist: Dahinter steckt Organisierte Kriminalität und somit die Geldmacherei von professionellen, international agierenden Verbrecherbanden. Etwa die Hälfte der Fälle im NRW-Lagebild Organisierte Kriminalität liegt im Bereich der Arzneimitteldelikte. Gleichzeitig ist das Spezialwissen in diesem Bereich in der Justiz, so spiegeln es uns Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, bisher begrenzt.

Das wollen wir ändern. Personal und Know-how sind die Voraussetzung, damit unsere Null-Toleranz-Strategie gegenüber Berufsverbrechern in NRW fruchtet. Deshalb wollen wir ähnlich wie in Freiburg oder München Spezialisten in der Justiz für die effektive Strafverfolgung bei Doping. Ein Sonderdezernat Doping soll bei der Zentral- und Ansprechstelle für die Verfolgung Organisierter Straftaten (ZeOS NRW) bei der Staatsanwaltschaft eingerichtet werden. Zudem wollen wir ein spezialisiertes Fortbildungsangebot zum Anti-Doping-Gesetz für die Justiz. So schützen wir die Breitensportlerinnen und Breitensportler in unserem Land, machen den Dealern das Geschäft kaputt und heften uns an die Fersen der Hintermänner des professionellen Doping-Geschäfts.“

*Thomas Nückel (FDP) und Andrea Stullich (CDU) zur Initiative für eine Einbindung des Lokalfunks im Katastrophenschutz*

### **Wir wollen die NRW-Lokalradios für den Ernstfall stärken**

Die NRW-Koalition von CDU und FDP hat sich nach der Hochwasserkatastrophe vorgenommen, den Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen auf den Prüfstand zu stellen und für die Zukunft zu verbessern. An diesem Mittwoch wurde auf Antrag beider Fraktionen im Plenum beschlossen, dazu auch die Lokalradios stärker einzubeziehen („Live aus der Leitstelle: Schnelle, zuverlässige und glaubwürdige Warnhinweise im Radio bei Gefahrenlagen gewährleisten!“, Drucksache 17/15215).

**Thomas Nückel, medienpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion:** „Während der Hochwasserkatastrophe hat sich gezeigt, dass die Warnung und Information der Bürgerinnen und Bürger im Ernstfall ein Problem darstellt, da es stellenweise keine Sirenen gibt und dort, wo es sie gibt, wussten die Bürgerinnen und Bürger teilweise nicht, was die Warnung bedeutet. Daher spielen die Lokalradios in NRW im Ernstfall eine wichtige Rolle. Wir wollen dafür sorgen, dass sie die Hörerinnen und Hörer im Krisenfall informieren und die Berichterstattung aufrechterhalten können. Dafür ist eine Notfall-Stromversorgung aber auch eine Sendemöglichkeit aus den Leitstellen für direkte Durchsagen ohne redaktionelle Umwege ein gute, schnelle und verlässliche Möglich-

keit. Unser Antrag ist ein erster Schritt, um für künftige Katastrophen besser gewappnet zu sein – das schulden wir den Bürgerinnen und Bürgern, den Einsatzkräfte und nicht zuletzt den vielen ehrenamtlichen Helfern.“

**Andrea Stullich, medienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion:** „Unser Antrag kann ein wichtiger Baustein sein, um die Menschen schneller zu erreichen und zu warnen, und zwar so, dass sie ohne jeden Zeitverzug aus erster Hand hören, was passiert ist, was das bedeutet und wie sie sich verhalten sollten. Zusätzlich zur professionellen Information durch die Redaktionen ist die unmittelbare Live-Schalte aus einer Feuerwehr-Leitstelle ins laufende Lokalradio-Programm eine sinnvolle und wirksame Warn-Möglichkeit. Diese Idee hat der Kreis Steinfurt nach dem Schneechaos 2005 für den dortigen Lokalsender umgesetzt: Wenn ein Unglück geschieht, kann sich die Leitstelle per Knopfdruck ins laufende Lokalradio-Programm einwählen und die Bevölkerung sehr konkret warnen – vor allem auch dann, wenn die Redaktion nicht besetzt ist, sondern das Rahmenprogramm von Radio NRW läuft. Eine solche direkte Schalte ist schnell und verlässlich. Sie funktioniert ohne Umwege und ohne Zeitverzug, und das ist im Katastrophenfall am wichtigsten.“

### *Petra Vogt zur Initiative für eine Stärkung der beruflichen Bildung* **Jugendliche sollen erleben, welche Chancen eine Lehre bietet**

Die NRW-Koalition von CDU und FDP will die Verzahnung von Schule und der ausbildenden Wirtschaft voranbringen, damit Schülerinnen und Schülern die Chancen der dualen Ausbildung präsenter sind. Heute hat der Landtag eine gemeinsame Initiative beider Fraktionen dazu beschlossen („Schulen der Sekundarstufe I und II als Partner der dualen Ausbildung weiter stärken und für eine echte Verzahnung der Bildungsgänge mit der ausbildenden Wirtschaft sorgen“, Drucksache 17/15265). Unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Petra Vogt sagt:

„Die Karrierechancen für Azubis waren selten so gut wie heute – der Fachkräftemangel ist massiv, hunderttausende Betriebe in Deutschland suchen händeringend Chefs. Und dennoch wird es immer schwieriger, junge Menschen für die berufliche Bildung zu begeistern. Sie wollen zur Uni – egal, ob das in jedem Fall zukunftssträchtig ist und ihren eigenen Neigungen entspricht. Deshalb wollen wir als NRW-Koalition die Tatsache bekannter machen, dass der Weg zu einem guten Job mit rosiger Zukunft nicht nur über die hervorragenden NRW-Hochschulen führt.

Ob ein Ausbildungsberuf sie glücklich machen kann, erleben Jugendliche und junge Erwachsene am besten in der Praxis. Deshalb ist uns besonders wichtig, Praxisphasen auszubauen und als Schnittstelle zu einer möglichen dualen Ausbildung weiterzuentwickeln. Zudem wollen wir die Kommunikation der Schulen mit den Berufsinformationszentren intensivieren und Berufsorientierung auch als Modul in der Lehrkräftefortbildung stärker verankern. Die Ausbildung als Möglichkeit muss in den allgemeinbildenden Schulen mehr als bisher mitgedacht und vermittelt werden. Hilfreich sind vor allem direkte Kooperationen von Schulen mit der ausbildenden Wirtschaft. Diese gibt

es in NRW durchaus, aber weder flächendeckend noch einheitlich – hier wollen wir durch Best-Practice-Beispiele einen Anstoß geben.“

## *Gregor Golland zum Kampf gegen den Rechtsextremismus* **19-Punkte-Plan gegen Staatsfeinde in NRW**

Die NRW-Koalition von CDU und FDP stellt sich entschlossen gegen Extremismus in unserem Land und hat in einem Entschließungsantrag unter dem Titel „Rechtsextremismus konsequent bekämpfen – sicherheitsorientiert, präventiv und demokratiefördernd“ einen umfangreichen Maßnahmenkatalog auf den Weg gebracht. Im Plenum wurden am heutigen Freitag mehrere Anträge zum Thema diskutiert. Dazu erklärt unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Gregor Golland:

„Extremismus ist eine der größten Bedrohungen unserer Zeit. In NRW gibt es rund 2000 gewaltorientierte Rechtsextremisten, die Zahl antisemitischer Straftaten ist im ersten Halbjahr 2021 gegenüber den Vorjahren stark gestiegen – diese Entwicklungen und die damit verbundene Spaltung unserer Gesellschaft darf der Rechtsstaat nicht hinnehmen. Deshalb hat die NRW-Koalition bereits vor mehr als einem Jahr beschlossen, das integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, mit dem Maßnahmen aus allen Ressorts verbunden werden, unbefristet weiterzuführen. Wir haben die Sicherheits- und Verfassungsschutzbehörden deutlich gestärkt. Aber wir wollen noch mehr – und das untermauern wir jetzt mit unseren Aufträgen an die Landesregierung.

Besonders wichtig sind uns politische Bildung und Demokratieförderung, um zu verhindern, dass das Gift der Staatsfeinde in die Gesellschaft einsickern kann. Wir brauchen aber auch eine Dunkelfeldstudie, um das Ausmaß des Problems mit politisch motivierten Straftaten ehrlich zu erfassen, und ein Monitoring für Radikalisierungsverläufe.

Vor allem zielt unsere Initiative auf neue Entwicklungen und Erkenntnisse ab. So ist die Bedeutung von Frauenhass als Motiv rechtsextremer Täter bislang noch wenig beleuchtet – hier brauchen wir Präventionsmaßnahmen und eine stärkere Sensibilisierung der Gesellschaft. Zudem wollen wir, dass Rechtsextremisten und Reichsbürger konsequent entwaffnet werden, wobei vor allem auch auf sogenannte Geisterwaffen geachtet werden muss, die man mit einem 3D-Drucker herstellen kann. Im Rahmen unserer Null-Toleranz-Linie gegenüber Verfassungsfeinden und Rassisten beauftragen wir die Landesregierung, ein Verbot der Identitären Bewegung mit Sitz in Paderborn zu prüfen.“

Alle Forderungen der NRW-Koalition finden Sie im Antrag mit der Drucksache 17/15185.

## Aus der Landesregierung

### **Land und Bahn machen Schiene fit für die Zukunft: Rund 131 Millionen Euro fließen in das Paket „Robustes Netz II“ für einen leistungsfähigen Zugverkehr**

Zuverlässige und pünktliche Zugverbindungen, auch während Baumaßnahmen oder bei Störfällen – das ist das Ziel des Maßnahmenpaketes „Robustes Netz“. Das Land ertüchtigt die Infrastruktur, um die Schiene noch attraktiver zu machen und so für eine bessere, sichere und saubere Mobilität zu sorgen. Bislang sind bereits 180 Millionen Euro für beispielsweise zusätzliche Weichenverbindungen und neue Signale mit dem Paket „Robustes Netz I“ bereitgestellt worden – jetzt haben Verkehrsminister Hendrik Wüst MdL und Ronald Pofalla, Vorstand für Infrastruktur der Deutschen Bahn (DB) AG, das Investitionspaket „Robustes Netz II“ über eine Summe von rund 131 Millionen Euro unterzeichnet.

„Deutschland muss wieder Bahnland werden“, so Verkehrsminister Hendrik Wüst. „Deshalb ist es gut, dass Bund, Deutsche Bahn und das Land Nordrhein-Westfalen Rekordsummen in die Schieneninfrastruktur investieren. Damit auch während der Bauzeit das Angebot stabil und verlässlich bleibt, stellen wir über die Maßnahmenpakete ‚Robustes Netz‘ insgesamt 311 Millionen Euro bereit. So sorgen wir in Nordrhein-Westfalen für mehr Flexibilität und höhere Leistungsfähigkeit auf der Schiene und steigern die Attraktivität des ÖPNV. Moderne Verkehrspolitik ist der beste Klimaschutz!“

Ronald Pofalla, Vorstand für Infrastruktur der Deutschen Bahn AG: „Unsere Kundinnen und Kunden sollen sich auf die Bahn verlassen können – auch, wenn gebaut wird. Das Erfolgskonzept dafür heißt ‚Robustes Netz‘: Kleine Maßnahmen an den Gleisen mit großer Wirkung auf einen zuverlässigen Bahnverkehr. Ich bin dem Land und den Partnern für die weitere Unterstützung des Programms ‚Robustes Netz NRW‘ äußerst dankbar. Mit den heute vereinbarten rund 131 Millionen Euro werden wir beispielweise zusätzliche Weichen und Gleiswechselbetrieb einbauen beziehungsweise verbauen. So kommen unsere Fahrgäste trotz des hohen Baupensums schnell und pünktlich ans Ziel.“

Im Sommer 2019 hatten die Vertragspartner Deutsche Bahn, die Zweckverbände und das Land Nordrhein-Westfalen den Vertrag „Robustes Netz I“ unterzeichnet und 16 Maßnahmen festgelegt, die derzeit geplant werden und bei denen durch die Beseitigung von Engpässen im Netz Verspätungen und Zugausfällen vorgebeugt wird.

Dazu werden zum Beispiel neue Signale, Überleitweichen und Gleiswechselbetriebe eingerichtet und nahe gelegene Umleitungsstrecken ertüchtigt. Für die Folgevereinbarung „Robustes Netz II“ sind bereits elf weitere Maßnahmen identifiziert worden, weitere sind in Prüfung. Von den 131 Millionen Euro im Paket Robustes Netz II stammen 125 Millionen Euro vom Land, den Rest zahlt die Deutsche Bahn als Eigenleistung.

Aus diesen Mitteln wird zum Beispiel eine weitere Weichenverbindung in Köln Messe/Deutz angepasst, um die Geschwindigkeit bei der Einfahrt nach Köln Messe/Deutz zu erhöhen. Außerdem werden unter anderem die Strecken Dortmund–Derne–Lünen/Preußen sowie Essen–Gelsenkirchen fit gemacht für einen Gleiswechselbetrieb. Damit können die Gleise flexibler genutzt werden, wenn gebaut wird oder es einen Störfall gibt.

Wichtigstes Kriterium für die Auswahl einer Maßnahme war, dass die Strecke viel befahren und dort größere Flexibilität für den Betrieb erforderlich ist. Dies trifft insbesondere auf den Knoten Köln sowie auf die Hauptstrecken zwischen Köln und Dortmund zu, die die zukünftige Stammstrecke des Rhein-Ruhr-Expresses (RRX) bildet. Aber auch die sich anschließenden Strecken in Richtung Frankfurt im Süden und Berlin im Osten fallen darunter. Nicht nur der Schienenpersonennahverkehr profitiert von dem Rahmen- und Finanzierungsvertrag, sondern auch der Fern- und Güterverkehr, weil ein zuverlässiger Umleitungsverkehr ermöglicht und die Widerstandsfähigkeit des Netzes erhöht werden.

„Gerade im viel befahrenen Bereich rund um den Bahnknoten Köln sind solche recht kurzfristig umzusetzenden Maßnahmen ein Riesenvorteil für die Fahrgäste. Der anvisierte Ausbau der Infrastruktur unter anderem mit dem Bau von komplett neuen Gleisen zwischen Köln Messe/Deutz und dem Hauptbahnhof wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Daher begrüßen wir jede Investition, die zu einem möglichst stabilen Zugverkehr beiträgt“, so Heiko Sedlaczek, Geschäftsführer des Zweckverbands Nahverkehr Rheinland (NVR).

Ronald R.F. Lünser, Geschäftsführer des Zweckverbands Verkehrsverband Rhein-Ruhr (VRR): „Der Ausbau der Infrastruktur ist eine wesentliche Grundlage für einen leistungsfähigen SPNV. Nur mit einer starken Schiene können die Verkehrswende gelingen und die wichtigen Herausforderungen einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Mobilität gesichert werden.“

„Heute ins Schienennetz zu investieren, heißt die Qualität von morgen zu sichern“, so Joachim Künzel, Geschäftsführer des Zweckverbands Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL). „Nur, wenn wir ein hochwertiges und zuverlässiges Nahverkehrsangebot sicherstellen, werden wir mehr Menschen zum Umstieg vom Auto auf die Schiene bewegen und unsere ambitionierten Klimaziele erreichen.“

#### **Hintergrund:**

Zeitgleich zum Vertrag wird auch ein so genannter „Sideletter“ zum Rahmen- und Finanzierungsvertrag unterschrieben. Damit wird vereinbart, dass weitere Nachrückermaßnahmen identifiziert werden, da ursprünglich geplante Projekte des Robusten Netzes II durch das Klimaschutzpaket des Bundes finanziert werden. 88 Millionen aus dem Robusten Netz II fließen in die elf bereits identifizierten Maßnahmen. So bleiben 43 Millionen Euro für weitere Maßnahmen, die aktuell noch in Prüfung sind.

Die Zweckverbände wickeln die Förderung für alle Projekte ab.

## **Minister Laumann zum Welthospiztag am 9. Oktober: „Netzwerke in der Hospiz- und Palliativversorgung schaffen Verlässlichkeit und Geborgenheit für Menschen am Lebensende“**

Der diesjährige Welthospiztag am Samstag, 9. Oktober 2021, steht unter dem Motto „Leave no one behind - equity in access to palliative care“. Kurz darauf, am 14. Oktober 2021, folgt der deutsche Hospiztag. Dieser steht unter dem Motto „Leben! Bis zum Schluss!“. Anlässlich dieser besonderen Tage betont Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann die Bedeutung einer guten Zusammenarbeit aller Akteure in der hospizlich-palliativen Versorgung: „Es ist wichtig, dass die Menschen dort sterben können, wo sie es möchten. Um diesem Wunsch gerecht werden zu können, arbeiten die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der unterschiedlichen Dienste und Einrichtungen eng zusammen. Durch Netzwerke, in denen man sich persönlich kennt, gemeinsame Ziele verfolgt und verbindliche Strukturen für Behandlungsabläufe festlegt, wird für Menschen am Lebensende ein Umfeld der Verlässlichkeit und Geborgenheit geschaffen.“

In Nordrhein-Westfalen könne man auf ein gut ausgebautes Netz in der Hospiz- und Palliativversorgung zurückgreifen. Die mehr als 300 ambulanten Hospizdienste, rund 230 ambulanten Palliativpflegedienste, 70 Hospize für Erwachsene und 6 Kinderhospize sowie 79 Dienste der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung stellen eine nahezu flächendeckende Versorgung für alle Altersgruppen dar. Rund 10.800 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer engagieren sich in der Hospizarbeit. Gemeinsam mit

den hauptamtlichen Fachkräften sorgen sie Tag für Tag dafür, schwerstkranken und sterbenden Menschen ein würdevolles Leben bis zuletzt zu ermöglichen. „Herausfordernd sind besonders die Übergänge zwischen unterschiedlichen Unterstützungsangeboten, wenn beispielsweise Patientinnen und Patienten von einer ambulanten in eine stationäre Versorgung wechseln und umgekehrt. Eine klare Haltung zu Sterben, Tod und Trauer sind hier ebenso elementar wie konstruktive Kommunikationsstrukturen“, erklärt Minister Laumann.

Anlässlich des Welthospiztags wird Minister Laumann am Samstag, 9. Oktober 2021, um 11.00 Uhr das Palliativnetz Oberhausen besuchen (Hospizzentrum Osterfeld, Pallottihaus, Vikariestraße 2a, 46117 Oberhausen) und sich mit Verantwortlichen des Netzwerks und Betroffenen, die aktuell von dem Netzwerk versorgt werden, austauschen. „Das Palliativnetz Oberhausen ist ein gelungenes Beispiel für Netzwerkbildung und unterstreicht die große Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements in der Hospizbewegung“, betont der Minister.

#### **Hintergrundinformationen:**

In Nordrhein-Westfalen ist es in den vergangenen Jahrzehnten nahezu flächendeckend gelungen, gute ambulante und stationäre Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung aufzubauen. Es gibt rund 500 Palliativbetten in Krankenhäusern, über 75 Hospize, über 300 ambulante Hospizdienste, über 230 ambulante Palliativpflege-dienste und 79 Dienste der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung. Dabei ergänzen sich professionelle und ehrenamtliche Versorgung. Unabhängig davon, ob die Angebote ehrenamtlich sind oder über die Krankenkassen finanziert werden, ist das besondere Engagement der Menschen für Schwerstkranken und Sterbende der Motor der Hospiz- und Palliativversorgung. Seit fast 30 Jahren unterstützen die vom Land Nordrhein-Westfalen gegründeten Ansprechstellen zur Palliativversorgung, Hospizarbeit und Angehörigenbegleitung (ALPHA) in Bonn und Münster dieses Engagement. Weitere Informationen finden Sie unter: [www.alpha-nrw.de](http://www.alpha-nrw.de)

## **Fokus Bahn NRW: Mehr Frauen interessieren sich für Lokführerberuf**

### **Initiative des Landes lockt Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger aus allen Branchen**

Im nordrhein-westfälischen Nahverkehr werden bis 2025 rund 1.200 Lokführerinnen und Lokführer gebraucht. Für alle Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger ist dies eine Chance auf eine zukunftssichere Perspektive in einer stark gefragten Berufsgruppe. Das Engagement der Brancheninitiative Fokus Bahn NRW hierzu zeigt Erfolg: Bis September 2021 konnten rund 2.000 Interessierte unter anderem aus Handwerk, Handel und Gastronomie für den Beruf der Triebfahrzeugführerin und -führer

gewonnen werden. Bemerkenswert ist hierbei die zunehmende Zahl von Frauen: Ihr Anteil hat sich von 7,4 auf 14 Prozent fast verdoppelt.

„Deutschland muss wieder Bahnland werden,“ so Verkehrsminister Hendrik Wüst. „Dafür brauchen wir mehr gut ausgebildete Lokführerinnen und Lokführer. Ich habe großen Respekt vor allen Bewerberinnen und Bewerbern, die ihre Karriere auf neue Gleise setzen wollen und sich für diesen verantwortungsvollen Beruf entscheiden, der Menschen bewegt. Besonders freut mich, dass so viele Frauen Lokführerin werden wollen.“

Klar ist: Frauen und Männer sind gleichermaßen gut für den Beruf des Triebfahrzeugführers geeignet. Ein Quereinstieg als Lokführerin ist aus allen Branchen und auch nach einer längeren Aus- oder Elternzeit schnell und unkompliziert möglich. Die Vorteile des Berufs sind vielfältig. Vielfach ist Teilzeitarbeit möglich und der Beruf ist auch in Krisenzeiten sicher.

„Wir freuen uns sehr, dass es uns zunehmend gelingt, Menschen in Nordrhein-Westfalen und darunter zunehmend Frauen für eine neue Perspektive bei den Bahnen zu gewinnen. Unser Anspruch ist, ihnen bestmögliche Beratung und Unterstützung bei ihrem Wechsel in die Bahnwelt zu bieten“, so Karin Paulsmeyer, Leiterin der Stabsstelle Fokus Bahn NRW im Verkehrsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen.

Als Gemeinschaftsinitiative der Bahnbranche bietet Fokus Bahn NRW Bewerberinnen und Bewerbern individuelle persönliche Beratung, digitale Livedialoge mit Lokführerinnen und Lokführern, Mentorenprogramme sowie Orientierungsangebote für Quereinsteiger in Kooperation mit Arbeitsagenturen, Jobcentern und Bildungsträgern an.

Der nächste Dialog wird am Mittwoch, den 27. Oktober 2021, ab 11.00 Uhr live auf <https://www.bahnen.nrw/dialog> und auf dem Twitter-Kanal @FokusBahnNRW übertragen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Entwicklung digitaler Ausbildungsangebote, die Bewerberinnen und Bewerbern unabhängig von ihrem Wohnort einen flexiblen Einstieg in den Beruf ermöglichen. Zudem gibt es aktuell spezielle Integrations- und Ausbildungsprogramme von Fokus Bahn NRW für neu Zugewanderte, die den Lokführerberuf ergreifen wollen.

### Hintergrund

Das Programm Fokus Bahn NRW ist eine Gemeinschaftsinitiative der Aufgabenträger Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR), Nahverkehr Rheinland (NVR) und Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) sowie der elf Nahverkehrsbahnen in Nordrhein-Westfalen. Die Federführung liegt beim Landesverkehrsministerium. Ziel ist, die Situation im Schienenpersonennahverkehr zu verbessern. Weitere Infos finden Sie hier.

## **Ministerpräsident Armin Laschet gratuliert nordrhein-westfälischem Forscher Benjamin List zum Chemie-Nobelpreis**

### **Prof. Dr. Benjamin List forscht am Max-Planck-Institut für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr an Methoden zur Beschleunigung chemischer Reaktionen**

Ministerpräsident Armin Laschet: „Es freut mich außerordentlich, dass Prof. Dr. Benjamin List als langjährig in Nordrhein-Westfalen tätiger Forscher den Chemie-Nobelpreis erhält. Die Auszeichnung für Benjamin List ist ein eindrucksvoller Beleg für die wissenschaftliche Exzellenz unseres Landes. Meine herzlichen Glückwünsche gelten Benjamin List und allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung. Dort, an einem der ältesten Institute der Max-Planck-Gesellschaft, wird seit Langem Spitzenforschung betrieben – bereits 1963 erhielt ‚Kohlenforscher‘ Karl Ziegler den Chemie-Nobelpreis. Wir haben im Wissenschaftsland Nordrhein-Westfalen viele herausragende Forscherinnen und Forscher in zukunftsweisenden Feldern – ich bin mir sicher, dass die so wichtige Auszeichnung eines Kollegen sie noch einmal zusätzlich bei ihren Forschungsleistungen anspricht.“

List, Direktor am Max-Planck-Institut für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr, erhält den diesjährigen Nobelpreis für Chemie gemeinsam mit dem in Schottland geborenen US-Forscher David W.C. MacMillan. List hat mit der sogenannten „asymmetrischen Organokatalyse“ eine neue Methode zur Beschleunigung chemischer Reaktionen entwickelt, die damit energie- und ressourceneffizienter erfolgen können. So wird die Organokatalyse etwa für die Erforschung neuer Arzneimittel eingesetzt und hat dazu beigetragen, die Chemie umweltfreundlicher zu machen. Die Methode wird nach Angaben des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung mittlerweile weltweit in zahlreichen Laboratorien in der akademischen und industriellen Forschung eingesetzt.

Prof. Dr. Benjamin List (53) ist seit 2005 Direktor und Wissenschaftliches Mitglied Max-Planck-Institut für Kohlenforschung. Von 2003 bis 2005 war er bereits Arbeitsgruppenleiter am Institut. Seit 2004 ist er Honorarprofessor an der Universität Köln. List studierte Chemie an der Freien Universität Berlin und promovierte an der Universität Frankfurt/Main. Als Postdoktorand und Assistant Professor arbeitete er anschließend am Scripps Research Institute La Jolla in den USA.

## **Ministerin Gebauer: Weitere Schritte hin zu mehr Normalität in den Schulen**

### **Schul- und Unterrichtsbetrieb nach den Herbstferien**

Das Ministerium für Schule und Bildung hat heute die Schulen in Nordrhein-Westfalen über die Rahmenbedingungen für den Schulstart nach den Herbstferien informiert. Schul- und Bildungsministerin Yvonne Gebauer erklärte dazu: „Wir sind in dieses Schuljahr mit der Maßgabe gestartet, an unseren Schulen trotz strenger Vorgaben für die Hygiene und den Infektionsschutz stets so viel Normalität wie möglich zuzulassen. Auf diesem Weg sind wir erfolgreich vorangekommen. Unsere Maßnahmen wirken und sichern einen stabilen Unterrichtsbetrieb in Präsenz. Die Infektionslage hat sich in den vergangenen Wochen spürbar verbessert.“

Nach der wöchentlichen Umfrage zum Schulbetrieb in Corona-Zeiten des Ministeriums für Schule und Bildung geht die Zahl der Corona-Infektionen unter Schülerinnen und Schülern weiter zurück: Meldeten die Schulen zum Stichtag 22. September noch 4.780 (0,25 Prozent) bestätigte Fälle, waren es in der vergangenen Woche noch 3.925 (Stichtag 29. September: 0,20 Prozent). In Quarantäne befanden sich 6.262 Schülerinnen und Schüler (0,3 Prozent); eine Woche zuvor (22.09.21) waren es noch 7.581 oder 0,4 Prozent.

### **Maskenpflicht**

Gerade in Nordrhein-Westfalen ist eine stetige Zunahme der Impfquote bei Schülerinnen und Schülern festzustellen. Für Lehrkräfte und das sonstige schulische Personal gilt das ohnehin. Vor dem Hintergrund dieser positiven Entwicklung und unter Berücksichtigung des weiteren Infektionsgeschehens ist es die Absicht der Landesregierung, die Maskenpflicht im Unterricht auf den Sitzplätzen mit Beginn der zweiten Woche nach den Herbstferien (2. November 2021) abzuschaffen. Im Außenbereich der Schule besteht bereits heute keine Maskenpflicht mehr. Eine Maskenpflicht besteht dann nur noch im übrigen Schulgebäude insbesondere auf den Verkehrsflächen. Eine abschließende Information dazu sowie zu einer entsprechend geänderten Coronabetreuungsverordnung erhalten die Schulen noch in der ersten Schulwoche nach den Herbstferien.

### **Testungen**

Am ersten Schultag nach den Herbstferien (25. Oktober) werden zum Unterrichtsbeginn in allen Schulen einschließlich der Grund- und Förderschulen Testungen für Schülerinnen und Schüler, die nicht immunisiert (geimpft oder genesen) sind, durchgeführt. Für Lehrkräfte und das sonstige schulische Personal gilt dies entsprechend. Danach werden die schon bislang in den Schulen durchgeführten regelmäßigen Tests für Schülerinnen und Schüler sowie für das in Präsenz tätige schulische Personal bis zum Beginn der Weihnachtsferien fortgeführt. Das gilt sowohl für die Corona-Selbsttests (dreimal pro Woche) als auch für die PCR-Pooltests (zweimal pro Woche). Darüber hinaus werden auch am Tag nach Allerheiligen (2. November) alle Schülerinnen und Schüler getestet.

Während der Herbstferien entfallen die regelmäßigen schulischen Testungen. Daher benötigen Schülerinnen und Schüler – sofern sie nicht geimpft oder genesen sind –

für alle 3G-Veranstaltungen in den Ferien einen aktuellen negativen Test. Die Schülerinnen und Schüler haben aber ebenso wie das schulische Personal in dieser Zeit eine Reihe von Möglichkeiten, sich auf eine mögliche Corona-Infektion testen zu lassen. Zwar werden die Bürgertests ab dem 11. Oktober 2021 grundsätzlich kostenpflichtig. Für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren gilt dies jedoch nicht; die Tests bleiben kostenfrei.

Ferienangebote der OGS in den Herbstferien können uneingeschränkt stattfinden, auch als standortübergreifende Angebote. Während der Herbstferien können zur Testung die in den Schulen vorhandenen Selbsttests anstatt des Lollitestverfahrens genutzt werden. Die Schulträger können die in den Schulen vorhandenen Testsets bei Bedarf umverteilen.

Schul- und Bildungsministerin Gebauer: „Auch in den Herbstferien besteht ein umfangreiches Testangebot, gerade auch für die Gruppe der noch nicht geimpften Kinder und Jugendlichen. Ich appelliere daher an alle Eltern und Verantwortlichen: Lassen Sie Ihre Kinder, wenn noch kein Impfschutz vorliegt, zumindest in der zweiten Ferienwoche zur Sicherheit testen. Dies ist ein zusätzlicher freiwilliger Beitrag zu einem möglichst sicheren Schulbeginn nach den Herbstferien.“

Abschließend erklärte Schul- und Bildungsministerin Gebauer: „Unsere Schülerinnen und Schüler haben in den vergangenen Monaten der Pandemie viele Einschränkungen hinnehmen müssen. Die jungen Menschen haben das auf eine bewundernswerte Art und Weise getan und ihre große Verantwortungsbereitschaft unter Beweis gestellt. Dafür sind wir ihnen zu Dank verpflichtet. Wir sind es ihnen schuldig, dass wir unsere Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie kontinuierlich überprüfen und nicht länger aufrechterhalten als unbedingt erforderlich. Dazu gehört aber auch, dass wir unserer Verantwortung für uns selbst und unsere Mitmenschen gerecht werden. Ich appelliere daher an alle Erwachsenen, sich impfen zu lassen. Sie schützen damit nicht nur sich selbst, sondern auch unsere Kinder und erhöhen die Impfquote. Jede Impfung ist ein Schritt hin zu mehr Normalität.“

Die Herbstferien in Nordrhein-Westfalen beginnen am Montag, den 11. Oktober 2021. Erster Schultag nach den Ferien ist Montag, der 25. Oktober 2021.

Weitere Informationen zum Schulbetrieb nach den Herbstferien finden Sie [hier](#). Die Schulmail vom 6. Oktober 2021 finden Sie [hier](#).